

Inhalt

Editorial	1
Wie können wir den Frauenanteil in der Politik erhöhen?	2
Gender Budgeting im Landeshaushalt 2010/2011	2
Liberales Frauen in Hohenlohe <i>Gespräch mit Renate Heinrich</i>	3
Was haben Bettina, Johanna und Pauline gemeinsam?	4
Kindeswohl muss an erster Stelle stehen – Inobhutnahme durch Jugendämter ...	4
Sichere Finanzierungsgrundlage für Frauen- und Kinderschutzhäuser	5
... unsere Surftipps	5
Impressum	5
Kampf gegen die Genitalverstümmelung	6
Jutta Pagel-Steidl wieder gewählt	7
Mit Wilhelmine von Grävenitz unterwegs in Ludwigsburg	7
Liberales Frauen auf dem Sprung an die Spitze	8
Buchtipps	8
Gedenkfeier für Karl-Hermann Flach	8
Aus den Bezirken Rita Fromm wieder gewählt	9
Sprachförderung – ein Bildungsthema!	9
„Wir in Lahr brauchen uns.“	10
Jahresausklang in Stuttgart	10
Zita Maier ist neue Bezirksvorsitzende	10
Ausblick 2010 – „Frauen und Geschichte“	11
Aus dem Landesfrauenrat Baden-Württemberg	11

Redaktionsschluss für die
16. Ausgabe LIBERA BW: 15. Juni 2010

Termine und mehr ...
www.liberales-frauen-bw.de

Editorial

Liebe Mitglieder der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, liebe Leserinnen und Leser,

„wo es Macht gibt, gibt es Widerstand“, formulierte einst der französische Philosoph Michel Foucault (1926 – 1984). Sicher, Foucault bezog dies nicht auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern. Dank unserer gemeinsamen Anstrengungen in den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, dass langsam, aber stetig der Anteil der Frauen unter den Mandatsträgerinnen steigt. Und schon gibt es den einen oder anderen Mann, der meint, dass es jetzt doch bisschen genug ist. Frauen wollen mitmischen, einmischen, aufmischen. Als ich mich vor vielen Jahren als Bürgermeisterin in einer Gemeinde beworben und für den Ausbau des Kindergartens eingesetzt habe, dessen Dach zudem so marode war, dass es teilweise in das Gebäude regnete, wurde ich vielfach belächelt. Es war uncool, sich für Kinderbetreuungsangebote einzusetzen. Das, so die gängige Meinung, macht man nicht, sondern man sitzt es aus. Die Zeiten haben sich geändert. Seit die Folgen des demografischen Wandels in aller (Politiker) Munde sind, sind vielfältige Kinderbetreuungsangebote Teil der Wirtschafts-, Standort- und Familienpolitik. Heute ist es en vogue, sich für frühkindliche Bildung und vielfältige und umfassende Kinderbetreuungsangebote zu sein. Es lohnt sich also, an den Themen „dran“ zu bleiben, hartnäckig sein.

Liberales Frauen engagieren sich in vielen Feldern unserer Gesellschaft und beileibe nicht nur in Partei oder Vorfeldorganisation. Unsere südbadische Bezirksvorsitzende Silvia Neumeister aus Lahr hat im Herbst mit der Bürgerinitiative Begegnungshaus beispielsweise den Bürgerpreis 2009 der Stiftung „Bürger für Lahr“ gewonnen. Unsere bisherige Ludwigsburger Bezirksvorsitzende Erika Schellmann ist in ihrer Freizeit im Sportverein aktiv, Renate Heinrich engagiert sich u. a. beim Tagesmütterverein, andere betreuen ehrenamtlich Menschen, die an Demenz oder an Alzheimer erkrankt sind. „Graswurzeldemokratie“ wird von Liberalen Frauen mit Leben gefüllt. Liberales Frauen sind authentisch, denn sie wissen genau, von was sie reden. Sie wissen, „wo der Schuh drückt“, sehen nicht weg, sondern mischen sich ganz praktisch ein, bewahren Augenmaß und suchen praktikable Lösungen. Ich wünsche mir mehr davon in der kleinen und großen Politik!

Herzliche liberale Grüße

Jutta Pagel-Steidl

Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg

Zitat

„Frauen in der Politik sind integrierte Außenseiterinnen!“
*Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz, Politikwissenschaftlerin,
Arbeitsstelle gender studies der Justus-Liebig-Universität, Gießen*

Wie können wir den Frauenanteil in der Politik erhöhen?

Claudia Felden, Leimen

Im November 2009 trafen sich die diesjährigen Helene-Weber-Preisträgerinnen für ein Wochenende in Berlin. Die Liberalen Frauen waren durch Claudia Felden aus Leimen vertreten. Neben persönlichen Coachings wurden Diskussionen und Gespräche geführt. Ziel war dabei, Ideen zu entwickeln, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen.

Der Helene-Weber-Preis richtete sich an Nachwuchskommunalpolitikerinnen aus allen Parteien. So kamen Frauen zusammen aus ganz Deutschland, aus CDU, CSU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP, aus verschiedensten Berufsgruppen, unterschiedlichsten Altersgruppen, mit und ohne Migrationshintergrund, kurzum eine bunte Mischung und Abbildung der deutschen Gesellschaft. Es wurde jedoch schnell klar, dass trotz aller Unterschiede in den Personen die Schwierigkeiten, auf die die Kommunalpolitikerinnen bei ihrem politischen Engagement immer wieder stoßen, sich doch sehr gleichen.

Von den Parteien bisher praktizierte Maßnahmen zur Frauenförderung sind vor allem die Quote, das Quorum sowie Mentoringprogramme. Die Vertretung Sachsen-Anhalts hatte eingela-

den, u.a. zusammen mit der ehemaligen Ministerin Barbara Stolterfoht, der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss sowie der Autorin Dr. Isabella Kürschner die Erfolge dieser Programme zu diskutieren. Teilnehmerinnen berichteten hierbei aus ihren Erfahrungen, dass vor allem beim Quorum in der Praxis oftmals Strategien entwickelt werden, dieses zu umgehen. Um Frauen in der Politik zu unterstützen zeigte es sich als wenig geeignetes Instrument. Bei der Quote werden zwar Listenplätze und Vorstandsposten entsprechend mit Frauen besetzt. Aber auch hier berichteten Damen aus den entsprechenden Parteien, dass sie sich z.B. nach der Listenaufstellung allein gelassen fühlten und keine Unterstützung bei der Durchsetzung politischer Ziele fanden. Die Erfahrungen mit Mentoringprogrammen waren hingegen durchaus positiv. Problematisch ist allerdings der hohe Aufwand, der damit verbunden ist. Daher stehen sie derzeit nur für einen vergleichsweise geringen Anteil von Frauen zur Verfügung. Sollen also mehr Frauen in politische Führungsämter kommen, müssen diese Pro-



gramme ausgebaut werden. Zusätzlich sollten weitere Möglichkeiten der Förderung überlegt werden.

Die Helene-Weber-Preisträgerinnen erklärten sich bereit, hieran weiterzuarbeiten. Sie hoffen vor allem auf die organisatorische Unterstützung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auch die Liberalen Frauen Baden-Württemberg haben auf ihrer Mitgliederversammlung beschlossen, eine entsprechende Arbeitsgruppe einzurichten. Wer hierbei mitmachen möchte, wendet sich an Elke Bass (Email ElkeBass@gmx.de).

Gender Budgeting im Landeshaushalt 2010/2011

Heiderose Berroth MdL, Renningen

In einem fraktionsübergreifenden Vorstoß haben es die Frauen im Landtag geschafft, dass nun auch in Baden-Württemberg Haushaltsdaten daraufhin untersucht werden, inwieweit die Verwendung von Steuergeldern beiden Geschlechtern gleichwertig zugute kommt bzw. wo Unterschiede bestehen. Basierend auf einem Berichts Antrag, an dem ich als Vertreterin der FDP-Fraktion mitgewirkt habe (Drs. 14/3071, auf der Homepage des Landtags www.landtag-bw.de abzurufen) fand am 14. Juli 2009 im Landtag eine Anhörung statt.



Nach schwierigen Vorarbeiten - mit zum Teil hanebüchenen Versuchen, das Thema zu torpedieren, bis hin zur Forcierung entsprechender „lächerlicher“ Zeitungsartikel - ist es jetzt gelungen, Beschlüsse von Sozial- und dann Finanzausschuss zu fassen, nach denen eine Erprobung bei den Weiterbildungsbereichen von Wirtschafts- und Sozialministerium stattfinden soll. Offensichtlich gibt es Männer, die die Ergebnisse fürchten, deshalb sind wir besonders gespannt, was dabei herauskommt.

Das Ganze sollte allen weiblichen Mandatsträgern - auch in den Kreis- und Gemeinderäten - ein Ansporn sein, bei Haushaltsbeschlüssen in

einem kurzen Check auch den Aspekt unterschiedlicher Auswirkung von Ausgaben und Einnahmen auf die Geschlechter zu prüfen.

Manchmal kommt frau dabei auf erstaunliche Erkenntnisse und stellt vor allem fest, dass für Männerinteressen in aller Regel weit mehr Geld verwendet wird als für die Dinge, die uns Frauen wichtig sind. Da Finanzströme ein wesentlicher Politik-Teil sind, ist dies ein wirklich lohnender Ansatz für alle, denen Gleichberechtigung wichtig ist.



Heiderose Berroth

Liberaler Frauen in Hohenlohe – Gespräch mit Renate Heinrich

Die Fragen stellte Stefania Feiler, Öhringen

Renate Heinrich ist die Frau, des leider viel zu früh verstorbenen Bundestagsabgeordneten Ulrich Heinrich, Landwirtschaftsmeister aus Neuenstein-Großhirschbach.

F: Liebe Renate, wie lange war denn dein Mann unser Abgeordneter in Bonn und Berlin?

RH: Er war von 1987 – 2005 im Bundestag. Seine Arbeitsgebiete reichten von der Sozialpolitik über „ländlichen Raum“ bis zu Landwirtschaft und Weinbau und schließlich bis zu Entwicklungshilfe Schwerpunkt Afrika. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag unterrichtete er zeitweise an einer Universität in Mozambique - Afrika.

F: Die liberalen Hoffeste in Großhirschbach sind vielen noch in bester Erinnerung.

RH: Oh ja, da waren Kinkel und Westerwelle und Brüderle und Dirk Niebel und Birgit Homburger natürlich und viele mehr – bloß der Rösler, der war nie da. Er war noch zu jung.

F: „Frau Freud ist mal wieder vergessen worden“ so lautet ein Buchtitel von J. Fernau – war das bei Heinrichs auch so?

RH: lacht: Natürlich habe ich meinen Mann unterstützt und vieles mit ihm durchdiskutiert. Wenn ich nur an die Sozialpolitik denke – bis wir uns da eingearbeitet hatten! Aber weil er so oft weg war, habe ich mich halt bei uns im Raum engagiert. Ich hatte einen Lehrauftrag an der „Akademie für Landbau und Hauswirtschaft“ in Kupferzell und habe dort vor allem Politik, Geschichte und Gemeinschaftskunde unterrichtet. Auf unserem Bauernhof hatten wir ja auch immer Azubis für landwirtschaftliche und hauswirtschaftliche Berufe. Dann war ich viele Jahre Kreisvorsitzende der Landfrauen und engagierte mich beim Freilandmuseum in Schwäbisch Hall-Wackershofen.

F: Gab es auch noch politische Ämter?

RH: Ja, freilich ich war zehn Jahre im Kreistag des Hohenlohekreises in der ersten FDP-Fraktion. Mit Mitteln von der EU und vom Landwirtschafts-

nisterium in BW schafften wir Erwerbskombinationen für Frauen im ländlichen Raum und Qualifizierungskurse. Mit dem Englischkurs machten wir sogar mal eine Reise nach Irland zum Partnerbezirk vom Hohenlohekreis. Das war sehr interessant!

F: Ja aber nun zur Familie!

RH: In unserem Bauernhof war immer was los. Wir haben vier Kinder, drei Mädchen und einen Sohn. Alle sind inzwischen verheiratet und ich habe elf Enkelkinder. Die kommen oft zu Besuch oder bleiben eine Weile da. Das ist schon schön!

F: Ulrich Heinrich hat das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen bekommen. Und seine Frau?

RH: Oh, ja ich habe auch ein Bundesverdienstkreuz vom Bundespräsident verliehen bekommen – fürs Ehrenamt. Aber mein Mann hat natürlich das bessere.

F: Also nicht wie Frau Freud. Gibt es jetzt auch noch Ehrenämter?

RH: Während meiner Zeit im Kreistag habe ich die Not berufstätiger Mütter gesehen und da haben wir einen Tagesmütterverein gegründet. Der hat erst dieser Tage 10-jähriges Jubiläum gefeiert. Mit einem sehr guten Festvortrag. Ich bin noch im Landesvorstand des Tagesmüttervereins. Im Hohenlohekreis ist der Tagesmütterverein ein selbständiger Verein, der nicht dem Jugendamt zugeordnet ist. Viele Gemeinden beteiligen sich, aber es braucht viel Einsatz und Überzeugungskraft, wenn man mit den Bürgermeistern verhandelt. Eigentlich ist Tagesmutter ein FDP- Programm pur! Die Kinder werden viel individueller und flexibler betreut. Außerdem werden die Tagesmütter gut ausgebildet und bekommen Supervision und Fortbildungen. Wir haben endlich erreicht, dass die Sozial- und Krankenversicherung hälftig übernommen wird. Die Kinder meiner Tochter werden an ihrem Wohnort auch von einer Tagesmutter betreut. Das klappt prima.



Bundespräsident Horst Köhler zeichnet Renate Heinrich (Mitte) mit dem Bundesverdienstkreuz aus

F: Ich sehe schon, eine echte Liberale mit Herz und Verstand – es ist bewundernswert, was Du alles geschafft hast! Wie lange bist du eigentlich schon bei der FDP?

RH: Seit 1976 – „Liberal 76“ stand auf den T-Shirts drauf, die wir beim ersten Wahlkampf an hatten und unsere Jüngste war noch im Kinderwagen – mit blau-gelber Strampelhose, versteht sich! Mein Mann hätte sich riesig gefreut, wenn er das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl erlebt hätte. Wie oft haben wir bei Wahlkämpfen mitgemacht – viele Hochs und Tiefs erlebt und bei den Wahlpartys gerechnet und gezittert.

F: Aber was Gute zu Essen gab's immer! Liebe Renate Heinrich, vielen Dank für das Gespräch. So lange es so engagierte Frauen an der Parteibasis gibt, brauchen wir uns keine Sorgen um die liberale Idee und die FDP zu machen. Nachhaltige liberale Politik!

Was haben Bettina, Johanna und Pauline gemeinsam?

Rita Fromm, Karlsruhe

Alljährlich – so auch 2010 - werden Gedenktage und Würdigungen begangen. Ich erinnere besonders an diese drei Frauen: Am 4. April 1785 wird Bettina von Arnim und am 8. Juli 1810 Johanna Mockel, verh. Mathieux, später verh. Kinkel geboren. Am 18. Mai jährt sich der 100. Todestag von Pauline Viardot-Garcia.

Diese drei Frauen haben uns Trittsteine gelegt, durch ihren Lebensstil und ihre literarischen und musikalischen Arbeiten. In ihren Lebensentwürfen spiegelt sich ihr Streben nach Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Verantwortung.

Aus der jungen Schwärmerin der Frühromantik und Goetheverehrerin Bettina von Arnim (1785-1859) wurde im Laufe der Jahre – auch durch die politischen Ereignisse im Deutschen Bund – eine politische Frau. Sie prangerte die miserablen politischen Verhältnisse im preußischen Vormärz an, wurde als „Communistin“ und Urheberin des Aufstandes der schlesischen Weber 1844 verdächtigt und veröffentlichte u. a. anonym 1848 eine Polen-Denkschrift. Bestimmten anfangs literarische Schwärmereien und Kinderliederkompositionen ihr Wirken, nahm sie sich später besonders der politisch Unterdrückten, Verfolgten (Gottfried Kinkel) und Armen an. Sie machte sich dadurch zum enfant

terrible“ des preußischen Adels. Ihre gesellschaftspolitische Bedeutung wird leider bis in unsere Tage immer noch verkannt.

Auch die von Johanna Kinkel (1810-1858), verheiratet in zweiter Ehe mit dem Dichter und Revolutionär Gottfried Kinkel. Als Sängerin, Klavier-



lehrerin und Komponistin nutzte sie ihre Fähigkeiten. Vertonte Gedichte, Trinklieder, Kantaten zeugen von ihrem originellen Musikverständnis. Und bis heute ist ihr Werk „Acht Briefe über Klavierunterricht“ ein Fachbuch. Schriftstellerisches Aufsehen erregte sie mit ihrem Roman „Hans Ibels in London“. London bot nach der gescheiterten Revolution 1848/49 den aus Deutschland geflüchteten Kinkels Exil. Dieses Flüchtlingsleben und ihre

Rolle in der Emigrantenfamilie ist ein Zeitzeugnis. Ihr Leben ist vom Streben nach Selbstverwirklichung auch heute für uns beispielgebend.

Und auch die einer spanischen Sängergeschichte entstammte Pauline Viardot (1821-1910) leistete Außergewöhnliches als Sängerin, Komponistin, Pianistin, Gesangslehrerin, Organistin, Veranstalterin, und Volksliedsammlerin. Ursprünglich als Pianistin und Komponistin ausgebildet, verblüffte sie mit ihrer starken Ausstrahlung als Sängerin ihr Publikum. Neben ihrer Bühnen- und Konzertkarriere war sie auch als Gesangspädagogin tätig. Später zog sie sich mit ihrer Familie nach Baden-Baden zurück und ließ sich in ihrem Garten ein kleines Opernhaus bauen, in dem sie eigene Werke mit ihren Schülerinnen und Kindern aufführte. Ihre zahlreichen Schülerinnen setzten ihren Gesangs- und Interpretationsstil fort. Seit 1999 werden ihre Werke und ihr

Wirken in Baden-Baden und Karlsruhe wieder mehr beachtet und nicht nur ihre tiefe Freundschaft zu Turgeniew.

Diese drei Frauen haben sichtbare und unsichtbare Hürden überstiegen, Maßstäbe gesetzt und mit ihren emanzipatorischen Lebensstilen nicht nur die künstlerische, sondern auch die gesellschaftspolitische Entwicklung beeinflusst. Und deshalb erinnere ich mich besonders gerne an sie.

Kindeswohl muss an erster Stelle stehen – Inobhutnahme durch Jugendämter darf nicht zur Regel werden!

Sibylle Laurischk MdB, Offenburg

Bereits im Sommer habe ich mich mit der Zunahme von Fällen der Inobhutnahme durch die Jugendämter befasst. Dieses Thema wird mich in meiner neuen Funktion als Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weiter intensiv beschäftigen.

In meiner Praxis als Anwältin zeigt mir die tägliche Erfahrung, dass Kin-

der manchmal zu schnell aus den Familien genommen werden und nicht immer das Wohl des Kindes an erster Stelle steht. Berücksichtigen Jugendämter die Interessen der Kinder und Familien immer angemessen? Mich erreichen regelmäßig Briefe die Inobhutnahmen durch die Jugendämter thematisieren und vor allem kritisieren. Auch die mediale Berichterstattung hat sichtlich zugenommen. Oft

scheint es so, als seien gerade Alleinerziehende davon betroffen, dass zu schnell eine mitunter einseitige Entscheidung getroffen wird. Die mögliche Rückführung in die Familien beanspruchen eine lange Zeit, was nicht den Interessen des Kindes zuträglich sein kann. In diesem Bereich der Kinder – und Jugendpolitik scheint mir in den letzten Jahren eher zu voreilig gehandelt worden zu sein.

Nun macht es aber einen großen Unterschied, ob ich von Vermutungen ausgehe oder ob konkrete Zahlen und Fakten vorliegen, nach denen ich mich in meiner Einschätzung richten kann und die mir eine klare Aussage darüber geben können, mit welchen Problemen wir es zu tun haben. Gerade hier liegt ein Manko, das es dringend zu beheben gilt. Ein großes Anliegen ist mir deshalb, valide Zahlen zu ermitteln, die es ermöglichen, angemessen zu reagieren. Bei allen politischen Schritten müssen wir aber im Interesse der Betroffenen darauf achten, mit allen Beteiligten zu reden, um geeignete Wege zu finden.



Sibylle Laurischk

In den Beratungen der Koalition haben wir uns darauf verständigt, sobald als möglich einen Entwurf für ein umfassendes Kinderschutzgesetz vorlegen. Lassen Sie mich aber darauf hinweisen, dass es oft nicht unbedingt ein Gesetzesdefizit gibt, sondern vor allem ein Vollzugsdefizit.

Ziel einer erfolgreichen Kinder – und Jugendpolitik muss es sein, Familien, soweit es möglich ist, zu unterstützen und nicht voreilig die Kinder der Familie zu entziehen. Handeln mit Augenmaß muss Vorrang haben!

... unsere Surftipps:

www.liberale-frauen-bw.de

www.liberale-frauen.de

www.frauen-aktiv.de

www.landesfrauenrat-bw.de

Frauen fordern sichere Finanzierungsgrundlage für Frauen- und Kinderschutzhäuser im Land

Jutta Pagel-Steidl, Grabenstetten

Seit Jahren wird wiederholt die unzureichende Finanzierung und die unzureichende Zahl der Frauenhausplätze in Baden-Württemberg beklagt. Die 2006 erfolgte Umstellung der Finanzierung auf Tagessätze hat nicht die erhoffte Verlässlichkeit und Sicherheit erbracht. Es gibt weder eine Kostendeckung noch Planungssicherheit. Leidtragende dieser unklaren Finanzierungsgrundlage sind die von Gewalt bedrohten Frauen und Kinder. Die finanzielle Situation der meisten Frauen- und Kinderschutzhäuser in Baden-Württemberg ist prekär.

Besonders erschwert ist die Situation für sog. „Selbstzahlerinnen“, d.h. Frauen mit Kindern, die aufgrund ihres eigenen Einkommens nicht Leistungen nach SGB II erhalten. Diese müssen ihren Aufenthalt selbst finanzieren (die Tagessätze betragen zwischen 35 und 45 Euro.). Sie sind nicht in der Lage, über einen längeren Zeitraum diese Kosten zu übernehmen, weshalb diese Frauen aus finanziellen Gründen früher den Schutzraum verlassen. Die Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände Baden-Württemberg vom 19. Januar 2009 haben hier keine wesentlichen Verbesserungen erbracht.

Frauen- und Kinderschutzhäuser sind seit der Umstellung der Finanzierung auf Tagessätze gezwungen, ihr Haus komplett auszulasten. Dadurch ist

es nicht mehr möglich, Notfallplätze im erforderlichen Umfang bereit zu halten. Obwohl die Frauen- und Kinderschutzhäuser im Land gut und eng zusammenarbeiten, kann nicht gewährleistet werden, dass tatsächlich alle in Not geratene Frauen und Kinder sofort einen Schutzraum aufsuchen können. Dies ist nicht akzeptabel. Die Glaubwürdigkeit von Opferschutzpolitik misst sich allein an den tatsächlichen Ergebnissen, die bei den Menschen erreicht werden. Liberale sind hier in besonderem Maße gefordert, den Opfern von Menschen-



rechtsverletzungen praktisch und effektiv zur Seite zu stehen.

Der Landesfachausschuss Frauen in der FDP fordert daher beim Dreikönigsparteitag 2010 erneut, verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlage für Frauen- und Kinderschutzräume zu schaffen. Um Frauen und Kinder in Notsituationen besser zu schützen, bedarf es insbesondere ausreichend Notfallplätze in Frauen- und Kinderschutzhäusern. Außerdem braucht es eine verlässliche Finanzierungsgrundlage, um die wichtige beratende, psychosoziale und nachsorgende Arbeit, die zusätzlich von den Frauen- und Kinderschutzhäusern geleistet wird, dauerhaft zu sichern.

LIBERA Baden-Württemberg

Redaktion / Impressum:

v.i.S.d.P.: Jutta Pagel-Steidl,

Eschenweg 30,

72582 Grabenstetten

eMail jutta.pagel@t-online.de

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe: Elke Bass, Heiderose Berroth, Claudia Felden, Stefania Feiler, Gabriele Heise, Rita Fromm, Sibylle Laurischk, Jutta Pagel-Steidl, Ursel Peckolt, Heike Pott-Seigis, Susanne Winkler, Pressemitteilung.

Fotos: Heiderose Berroth, Claudia Felden, Sibylle Laurischk, Jutta Pagel-Steidl, Susanne Winkler photocase.com (Seite 2, 4, 5, 6, 8, 9)

Layout: Martina Wulfmeyer
www.imdialog.net

Redaktionsschluss für die 16. Ausgabe LIBERA BW: 15. Juni 2010

Kampf gegen die Genitalverstümmelung

Gemeinsame Gesetzesinitiative Baden-Württembergs und Hessens im Bundesrat

Die Verstümmelung weiblicher Genitalien soll nach dem Willen der Länder Baden-Württemberg und Hessen künftig mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren bestraft werden. Baden-Württembergs Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll (FDP) stellte am 18. Dezember 2009 im Bundesrat erstmals seinen gemeinsam mit Hessens Justizminister Uwe Hahn (FDP) erarbeiteten Gesetzesentwurf vor. Die Minister werben in der Länderkammer dafür, dass als deutliches Signal der Ächtung dieser menschenverachtenden Praxis ein eigener Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird.

Justizminister Goll sagte im Bundesrat: „Die Verstümmelung der weiblichen Genitalien ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung, die in Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas leider weit verbreitet ist. Aber auch in Deutschland gibt es immer wieder Opfer.

Nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen sind rund 20.000 in Deutschland lebende Frauen von einer Genitalverstümmelung betroffen. Ungefähr 4.000 Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund gelten als gefährdet. Die Genitalverstümmelung ist bereits nach geltendem Recht strafbar, regelmäßig als gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB. Lässt sich die Verwicklung der Eltern in die Tat nachweisen, können sie wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen verurteilt werden. Eine Einwilligung der Frau selbst oder der Sorgeberechtigten kann eine solche Tat nicht im strafrechtlichen Sinne rechtfertigen. Ebenso wenig bieten religiöse oder kulturelle Traditionen einen Rechtfertigungsgrund.

Geltende Rechtslage unzureichend
Warum ist diese Rechtslage unzureichend? Warum brauchen wir das vorliegende Gesetz? Die Mindeststrafe bei gefährlicher Körperverletzung und bei Misshandlung von Schutzbefohlenen liegt bei nur sechs Monaten.

Jenseits der gefährlichen Körperverletzung ist die rechtliche Einordnung der Genitalverstümmelung aber unsicher. Die schwere Körperverletzung gemäß § 226 StGB ist mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bedroht. Sie greift aber nur dann ein, wenn die Fortpflanzungsfähigkeit durch die Tat verloren geht. Dies dürfte in der Regel nicht der Fall sein. Deshalb sieht unsere Gesetzesinitiative vor, die Genitalverstümmelung einem eigen-



ständigen Straftatbestand zu unterwerfen. Er soll eine dem Unrecht und der Schuld entsprechende Sanktionierung auf eindeutiger rechtlicher Grundlage ermöglichen. Die Mindeststrafe liegt bei zwei Jahren. Den gelegentlich unterbreiteten Vorschlag, die Genitalverstümmelung in den Tatbestand der schweren Körperverletzung zu integrieren, halte ich nicht für sinnvoll, schon weil mit der eigenständigen Strafnorm ein deutliches Signal verbunden ist. Wir müssen das Bewusstsein dafür schärfen, dass es sich um eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung handelt, die wir keinesfalls tolerieren.

Flankierende Regelungen: Ruhen der Verjährung - Ferienbeschneidung einbeziehen - Recht auf Nebenklage
Unser Gesetzesentwurf sieht weitere flankierende Regelungen vor: Die Verjährung einer Tat soll ruhen, bis das Opfer sein 18. Lebensjahr erreicht. So kann das Opfer als volljährige Frau darüber entscheiden, ob es eine länger zurück liegende Tat noch zur Anzeige bringen

will. Auch Auslandstaten werden in die Strafbarkeit einbezogen, wenn das Opfer seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat. Das soll so genannte „Ferienbeschneidungen“ erfassen, von denen hier lebende Mädchen weit eher bedroht sind als von einem Eingriff in Deutschland. Zwar kann unter Umständen bereits heute eine entsprechende Auslandstat bestraft werden. Das setzt aber im Regelfall voraus, dass den hier lebenden Sorgeberechtigten eine Tatbeteiligung nachgewiesen werden kann. Schließlich soll es auch prozessuale „Vergünstigungen“ für die Opfer geben. Sie können sich als Nebenkläger anschließen und erhalten gegebenenfalls einen Rechtsbeistand.

Deutliches Signal der Ächtung

Wir alle wissen, dass das Strafrecht kein Allheilmittel ist. Der Straftatbestand wird die Genitalverstümmelung nicht sogleich

zum Verschwinden bringen. Er kann aber andere präventive Maßnahmen ergänzen. Er kann bewusstseinsbildend wirken, beispielsweise bei Migranten aus Ländern, in denen diese grausame Praxis noch verbreitet ist. Ihnen wird damit ohne jeden Zweifel verdeutlicht, dass wir diese Menschenrechtsverletzung ächten und mit Nachdruck verfolgen. Und ihnen wird klar gemacht, dass wir von jedem, der in unserer Gemeinschaft lebt, erwarten, dass er die Grundregeln unserer Rechtsordnung befolgt.

§ 226a StGB neu (Genitalverstümmelung) soll lauten:

(1) Wer die äußeren Genitalien einer Frau durch Beschneidung oder in anderer Weise verstümmelt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.

(2) In minder schweren Fällen ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

Libérale Politik braucht Frauen!

Jutta Pagel-Steidl erneut zur Landesvorsitzenden wieder gewählt

Ludwigsburg. Ganz im Zeichen des Superwahljahres 2009 stand die Mitgliederversammlung der Landesvereinigung Liberaler Frauen Baden-Württemberg am 7. November 2009 in Ludwigsburg. Nach der Bundestagswahl 2009 hat sich der Anteil der Liberalen Frauen in der FDP-Landesgruppe Baden-Württemberg von zwei auf vier verdoppelt. Birgit Homburger, Sibylle Laurischk, Dr. Birgit Reinemund und Judith Skudelyn setzen unterschiedliche politische Schwerpunkte, doch das gemeinsame Ziel ist klar: sie setzen auf die Freiheit und Stärke des Einzelnen und wollen nachhaltig Politik gestalten, damit auch die nachfolgenden Generationen Chancen und Möglichkeiten haben.

„Libérale Frauen sind bereit, sich einen Platz in der ersten Reihe zu erobern“, so Landesvorsitzende Jutta Pagel-Steidl. Elke Bass (Heidenheim), Angelika Engeln (Horb) und Silvia Neumeister (Lahr) übernahmen den Vorsitz der jeweiligen FDP-Orts- bzw. Kreisverbände. Seit den Kommunalwahlen im Juni 2009 stehen Claudia Felden (Leimen), Rita Fromm (Karlsruhe) und Rose von Stein (Stuttgart) an der Spitze der jeweiligen Gemeinderatsfraktionen. „Diese frauenpolitischen Erfolge machen Mut und

sind Schritte in die richtige Richtung, aber es geht mir zu langsam voran“, so Pagel-Steidl. Das Mentoringprogramm für Frauen, das auf Initiative der Liberalen Frauen in der Bundespartei FDP eingeführt wurde, laufe gut. Die parteiinterne Förderung der Frauen müsse dennoch verstärkt werden. Die FDP sei die einzige politische Partei, die auf eine Frauenquote oder ein Frauenquorum verzichte. „Keine Partei kann es sich leisten auf die aktive Mitarbeit von Frauen zu verzichten. Dies gilt auch für die FDP“, so Pagel-Steidl. Die Mitgliederversammlung hat eine Arbeitsgruppe „Strategie“ eingesetzt, um verstärkt liberale Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen.

Vorstandswahlen

Die Mitgliederversammlung hat Jutta Pagel-Steidl (Grabenstetten) als Landesvorsitzende bestätigt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wiedergewählt wurde die Offenburger



Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Bundesvorstand der Liberalen Frauen, Sibylle Laurischk sowie Ellen Winkler-Oberman (Filderstadt). Als Schatzmeisterin wiedergewählt wurde Claudia Felden aus Leimen, als Schriftführerin Gabriele Zoller aus Stuttgart. Die Beisitzerinnen Elke Bass (Heidenheim), Gabriele Heise (Stuttgart), Annette John-Denda (Achern), Rita Fromm (Karlsruhe), Susanne Winkler (Stuttgart) wurden erneut gewählt. Erstmals in den Vorstand gewählt wurde Heike Pott-Seigis (Vaihingen / Enz). Aus dem Vorstand ausgeschieden ist Erika Schellmann (Remseck).

Mit Wilhelmine von Grävenitz unterwegs in Ludwigsburg

Jutta Pagel-Steidl, Grabenstetten

Ludwigsburg. Um Geschichte lebendig zu erleben, begaben sich die Liberalen Frauen im Anschluss an die Mitgliederversammlung auf eine Zeitreise in die Vergangenheit und ließen sich von Reichsgräfin Wilhelmine von Grävenitz durch das Ludwigsburg des Jahres 1736 führen.

Liebe, Macht und Leidenschaft charakterisieren das Leben der Reichsgräfin Wilhelmine von Grävenitz, die von 1706 bis 1731 als Mätresse des Herzogs



Eberhard Ludwig von Württemberg (Gründer der Barockstadt Ludwigsburg und Erbauer des Schlosses) und später als seine „Ehefrau zur linken“. Sie hatte in dieser Zeit maßgeblichen Einfluss auch auf die politischen Entscheidungen des Herzogs und galt als heimliche Staatslenkerin des Landes Württemberg. Das Leben der „Grävenitz“ war von Höhen und Tiefen geprägt und spiegelten sich in Liebe, Macht und Intrige. Wie gut, dass die Zeit des Absolutismus vorbei ist ...

Liberaler Frauen auf dem Sprung an die Spitze

Jutta Pagel-Steidl, Grabenstetten

Berlin. Alles andere als durchschnittlich war das Ergebnis der Bundestagswahl im September 2009 – für die Liberalen im Land, aber auch für die Liberalen Frauen. Mit landesweiten 18,8 Prozent der Zweitstimmen erzielten die Südwestliberalen das beste Bundestagsergebnis seit 1949.

Es ist das Wahlergebnis der Superlative: die neue FDP-Bundestagsfraktion ist mit 93 liberalen Abgeordneten, darunter 23 Frauen (= 24,73 Prozent) ist so groß wie nie. Allein Baden-Württemberg stellt 15 Abgeordnete, darunter 4 Frauen (= 26,67%). Die Liberalen Frauen Baden-Württemberg

gratulieren allen alten und neuen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu diesem herausragenden Ergebnis sehr herzlich!

Mit Birgit Homburger steuert erstmals eine Frau den „Dampfer“ FDP-Bundestagsfraktion. Und die Spitzenkandidatin der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, Sibylle Laurischk aus Offenburg, wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag gewählt. Beide liberalen Frauen haben den Sprung an die Spitze geschafft. Dazu gratulieren wir sehr herzlich und wünschen für ihre Arbeit viel Kraft und Erfolg!



Buchtipps von Jutta Pagel-Steidl, Grabenstetten

„Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen – Kommunalpolitikerinnen im Portrait.“

Nirgendwo sonst als in der Kommunalpolitik sind die Auswirkungen der gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger so unmittelbar. Ob und zu welchen Bedingungen Betreuungsangebote für Kinder geschaffen werden, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wird vor Ort konkret – und nicht durch Gesetze und Verordnungen auf Bundes- oder Landesebene. Die Broschüre des Bundesministeriums porträtiert Frauen, die sich in der Kommune

einbringen. Sehr anschaulich werden deren erste Schritte in die Kommunalpolitik beschrieben und wie sie lernten, Ideen in konkretes Alltagshandeln umzusetzen. Die (kostenlose) Broschüre will Frauen Mut machen, sich einzumischen. Sie zeigt auf, dass es sich lohnt, Netzwerke zu knüpfen und „dicke Bretter zu bohren“. Es lohnt sich, die 186 Seiten starke Broschüre auch nach der Kommunalwahl zu lesen, denn: Demokratie lebt vom Mitmachen!

Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, www.bmfsfj.de

Bezugsadresse: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel. 01805 / 77 80 90, Fax 01805 / 77 80 94, publikationen@bundesregierung.de

Gedenkfeier für Karl-Hermann Flach, der am 17. Oktober 2009 seinen 80. Geburtstag gefeiert hätte

Ursel Peckolt, Kehl

Im Beisein des Ehrenvorsitzenden der FDP, Altbundespräsident Walter Scheel, wurde im Bürgersaal des Rathauses zu Bötzingen des ersten Generalsekretärs der FDP gedacht. Durch seine aus Bötzingen am Kaiserstuhl stammende Ehefrau fand der im ostpreußischen Königsberg geborene Flach seine letzte Ruhestätte. Mit den „Freiburger Thesen“ für den Bundesparteitag 1971, die u. a. von dem damaligen FDP-Vorsitzenden und Außenminister Walter Scheel, dem Soziologen Ralf Dahrendorf und Flach erarbeitet wurden, ist dieser durch die regionale Einbindung besonders gegenwärtig. Während seines Politikstudiums an der Deutschen Hochschule in Ber-

lin engagierte er sich bei den Freien Demokraten, gründete den Liberalen Studentenbund mit, in dem die Stimme Flachs schnell an Gewicht gewann – so in der Würdigung von Dr. Barthold C. Witte, dem Wegbegleiter aus dieser Zeit. 1956 kam dann die Berufung in die Geschäftsführung der Bundes-FDP, deren Geschäftsführer er drei Jahre später wurde und damit wesentlich zum großen Wahlerfolg der FDP 1961 beigetragen hat. In der Gedenkrede hat Staatsministerin a. D. Ruth Wagner sehr beeindruckend Flach geschildert und besonders seine Verlässlich- und Geradlinigkeit hervorgehoben. Mit dem Bruch des Wahlversprechens, die Koalition mit der CDU nur ohne Kon-

rad Adenauer fort zu setzen, wandte Flach sich zunächst tief enttäuscht von der FDP ab. „Viele von uns haben damals ähnlich gedacht“, so Wagner. Ohne es auszusprechen, hätten die Koalitionsverhandlungen mit Ypsilanti in Hessen für sie nicht anders aussehen können. Die Freiburger Thesen, verabschiedet beim Bundesparteitag 1971, haben „die ethisch-liberale Grundlage für uns heute gelegt“, so Wagner. Die hohe Wertschätzung als Mensch und Politiker – der leider schon 43-jährig im August 1973 an den Spätfolgen einer schweren Tuberkulose verstarb – beherrschte diese außergewöhnliche Gedenkveranstaltung für Karl-Hermann Flach.

Liberaler Frauen Mittelbaden

Rita Fromm wieder zur Vorsitzenden der Liberalen Frauen Mittelbaden gewählt

Rita Fromm, Karlsruhe

Karlsruhe. Mit Stadträtin Rita Fromm an der Spitze und den beiden Stellvertreterinnen Gabi Fütterer und Carmen Janner-Werner, der Schatzmeisterin Astrid Weber sowie der Protokollführerin Monika Groh wählten die Liberalen Frauen am 15. Oktober 2009 ihren Vorstand.

In ihrem Jahresrückblick würdigte Rita Fromm besonders die Verdienste der verstorbenen Dr. hc. Anneliese Knoop-Graf, die im Alter von 88 Jahren - nach

kurzer schwerer Krankheit - plötzlich verstarb. Mit großer Leidenschaft und unermüdlichem Wirken hielt sie die Erinnerung an die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ gegen den Nationalsozialismus wach und ermunterte auf Vortragsreisen im In- und Ausland Schüler und Jugendliche zur Zivilcourage. Zahlreiche Veröffentlichungen und Vortragsmanuskripte - insbesondere über ihren Bruder Willi Graf und Sophie Scholl - hat sie hinterlassen.

Höchste Ehrungen erhielt sie, u. a. die Ehrenbürgerschaft der Stadt Bühl, die Ehrendoktorwürde der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Karlsruhe sowie den Adenauer-de Gaulle-Preis für die deutsch-französische Versöhnung. Die Arbeit dieser außergewöhnlichen dem Liberalismus verbundenen Frau wollen wir weitertragen helfen.

Liberaler Frauen Stuttgart

Sprachförderung – ein Bildungsthema!

Susanne Winkler, Stuttgart

Stuttgart. Am 21. Oktober 2009 fand die Veranstaltung „Sprachförderung - ein Bildungsthema“ der Liberalen Frauen, Bezirksvereinigung Stuttgart im „Plenum“ des Landtags statt.

Schon ein Jahr zuvor war man sich sicher, dass das Thema „Bildung“ nicht nur ein fester Bestandteil im Kommunal- und insbesondere im Bundestagswahlkampf sein würde, sondern auch auf der Jahresagenda der Liberalen Frauen Stuttgart einen richtungsweisenden Platz einnehmen würde. So knüpfte diese Veranstaltung an die Wahlaussage „Bildung ist ein Bürgerrecht“ nahtlos an, denn Bürgerrechte beginnen bereits mit dem ersten Laut, den der Mensch nach seiner Geburt von sich gibt. Marco Bortolotti – Logopäde und Dipl. Soz. Pädagoge – referierte an diesem Abend - und ließ keine Zweifel offen: je früher man bei Defiziten der Sprache einsetzt, desto besser! Drei wichtige Prinzipien für sprachliche Anregung stellte er in den Raum: die Sinne, die Motorik sowie die Ansprache, um die sprachliche Entwicklung best möglichst zu fördern und Defiziten vorzubeugen. „Zeit“, so Bortolotti „ist das Wertvollste, das wir unseren Kindern geben können.“ Mit diesem Hinweis legte er den Finger in eine Wunde, die es noch immer zu heilen gilt. Hängt doch der Faktor „Zeit“ mit der Ressource „Personal“ unumstößlich zusammen - und hier ist die Politik bzw. sind die Politiker nach wie vor noch in die Pflicht zu nehmen. Der



Personalschlüssel findet für die Gruppe der 3 – 6 Jährigen im Elementarbereich eine sehr unterschiedliche Umsetzung. Kommt bei der Bertelsmann Stiftung auf 7 Kinder eine Fachkraft, so sieht Prof. Dr. Dr. Dr. Fthenakis für 5 – 8 Kinder eine qualifizierte Person vor, während die GEW sich mit einer Fachkraft bei 7 – 10 Kinder einpendelt. Der Mangel an Zeit und Personal stellt auch die Schulen vor ein immer größeres Problem, denn Ganztagschulen stellen kein Allheilmittel dar, wenn die Nachmittagsstunden wieder nur – aus Budgetgründen - mit „Ehrenamtlichen“ überbrückt werden. Bortolotti sieht

auch hier die Politik mit einem „schlüssigen Gesamtkonzept“ gefordert, das auf „Nachhaltigkeit“ ausgerichtet ist.

„Wir brauchen Vorbilder“ so Bortolotti abschließend, „die mit Ruhe und Gelassenheit auch Fehler eingestehen können, eine menschliche Seite zeigen und den Menschen nicht nur am Geld messen.“

Die Vorsitzende der Bezirksvereinigung Stuttgart – Gabriele Heise – bedankte sich für das inhaltlich ausführliche, interessante und äußerst informative Referat, das die anwesenden Gäste des Abends immer wieder zu intensiven Diskussionen anregte.

Liberaler Frauen Südbaden-Bodensee

„Wir in Lahr brauchen uns.“ – Bürgerpreis verliehen

Ursel Peckolt, Kehl

Der Wunsch nach Räumen, in denen sich alle Lahrer Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht und Nation treffen können, besteht seit mindestens zehn Jahren. Im Juli 2009 machten nun einige engagierte Frauen „Nägel mit Köpfen“ und gründeten die „Bürgerinitiative Begegnungshaus“. Die BI bewarb sich mit ihrem Konzept um den von der Stiftung „Bürger für Lahr“ ausgelobten Bürgerpreis 2009.

Mit ihrer überzeugenden Präsentati-

on ihres Zieles, eine Begegnungsstätte für alle Lahrer setzten sich Silvia Neumeister und Trude Sommer von der „BI Begegnungshaus“ gegen drei Mitbewerber durch: Die BI Begegnungshaus erhielt im Oktober 2009 den Bürgerpreis 2009 der „Stiftung „Bürger für Lahr“. „Die Stiftung unterstützt das Projekt ausdrücklich und ist auch weiterhin bereit, es zu begleiten und zu fördern“, so die Jury. Mit dem Preisgeld und der Anerkennung ist nach jahrelangem zähem Ringen des

Frauenbeirates die Einrichtung des Begegnungshauses mit zwei Teilzeitkräften aus Verwaltung und sozialpädagogischem Bereich greifbar nahe gerügt.

Herzlichen Glückwunsch an Silvia Neumeister, der Vorsitzenden der Liberalen Frauen Südbaden-Bodensee, für ihr unermüdliches ehrenamtliches Engagement!

Liberaler Frauen Stuttgart

Jahresausklang beim Weihnachtslesen Die Liberalen Frauen Stuttgart pflegen eine Tradition

Gabriele Heise, Stuttgart

Das Superwahljahr 2009 ließen die Stuttgarter Liberalen Frauen gemütlich ausklingen. Am 24. November 2009 trafen sie sich zum traditionellen Weihnachtslesen in der Buchhandlung am Bubenbad. Bei einem Glas Prosecco ließ es sich nicht nur in aller Ruhe in der sehr gut sortierten Buchhandlung von Sonja Greiner-Goeser nach passenden Weihnachtsgeschenken stöbern, sondern es wurden auch wieder viele Buchtips ausgetauscht – von Kinderbüchern über Biographien und Romane bis hin zu politischen Sachbüchern. Ganz von der Politik fernhalten konnten sich die Teilnehmerinnen allerdings auch an diesem

Abend nicht: es wurde sehr lebhaft über das Thema „Politikverdrossenheit“ diskutiert. Es war eine rundum gelungene Veranstaltung, die einmal mehr einen schönen Abschluss für ein spannendes, zuweilen anstrengendes, arbeitsintensives und richtungsweisendes Jahr 2009 bildete.

Zum Abschluss noch ein Tipp: wer einmal ganz in Ruhe in einer Buchhandlung stöbern und in den neuesten Werken schmökern möchte, kann dies jeden Abend nach Ladenschluss in der Buchhandlung am Bubenbad zwischen 19.00 und 22.00 Uhr tun. Nähere Infos gibt es unter www.buch-bubenbad.de



Liberaler Frauen Ostwürttemberg

Zita Maier ist neue Bezirksvorsitzende

Elke Bass, Heidenheim

Die Liberalen Frauen haben bei der Mitgliederversammlung Zita Maier (Gerstetten-Deitingen) zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Maier löst an der Spitze des Bezirks die Gründungsvorsitzende Elke Bass (Heidenheim-Oggenhausen). Bekannt ist Zita Maier vor allem als engagierte Unternehmerin sowie als verdiente Vertreterin der Gleichberechtigung.

Bei Ihrer Antrittsrede dankte Zita Maier zunächst Frau Bass für deren Arbeit und würdigte ihre Verdienste. Sehr wichtig sei ihr vor allem die Vernetzung mit anderen Frauenvereinigungen in der Region Ostwürttemberg gewesen. Maier möchte vor allem auch Frauen für die Liberalen Frauen gewinnen, die sich bisher noch nicht politisch engagiert haben. Zita Maier übernimmt nicht nur den

Vorsitz der Liberalen Frauen Ostwürttemberg sondern wird als zugleich als beratendes Mitglied in den FDP-Kreisvorstand Heidenheim sowie in den FDP-Bezirksvorstand Ostwürttemberg entsandt.

Zum Abschied ihrer Amtszeit bedankte sich Elke Bass bei allen Frauen. Sie freute sich über die vielen Frauen, die nun bei der FDP Führungsrollen übernommen haben.

Ausblick 2010 – „Frauen und Geschichte“

Heike Pott-Seigis, Vaihingen

Das kommende Jahr steht im Bezirk Ludwigsburg unter der großen Überschrift ‚Frauen und ihre Geschichte‘. Vor diesem Hintergrund werden wir im März – der genaue Termin steht noch nicht fest – die Synagoge in Stuttgart besuchen. Ziel des Besuchs ist es, die Hintergründe des Judentums und speziell die Rolle der Frau in der jüdischen Religion zu beleuchten. Im Gespräch mit Frauen möchten wir herauszufinden, ob sich das klassische Frauenbild durch die Einflüsse der modernen Gesellschaft gewandelt hat, wie sich jüngere jüdische Frauen heute definieren und wie sich die Religion und die damit verbundenen Rituale auf das Alltagsleben der Frauen und der Familie allgemein auswirken. Angedacht ist auch, in der zweiten Jahreshälfte einen Besuch in einer Moschee folgen zu lassen, um

dann im direkten Vergleich Gemeinsamkeiten und Unterschiede klar herauszuarbeiten.

Eine zweite große Aktion ist für den 17. April geplant im direkten Zusammenhang mit dem Equal Pay Day, der in 2010 auf den 20. April fällt. In der Innenstadt von Vaihingen/Enz werden wir mit einem Infostand vertreten sein. Dabei geht es uns darum, mit einer Vielzahl an Frauen unterschiedlichen Alters, unterschiedlichen Bildungsgrads und unterschiedlicher Lebenswirklichkeit in Gespräch zu und mit ihnen über die Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen sowie über deren Ursachen zu diskutieren. Begleitend dazu verteilen wir noch einen Flyer, in dem wir die Thematik gut aufbereitet haben, und ein Euro-Stück aus Schokolade.

Letzteres steht symbolisch für den fehlenden Betrag im Portemonnaie. Eine ähnliche Aktion haben wir schon 2009 in Remseck-Aldingen mit großem Erfolg durchgeführt. Eine Neuauflage an einem anderen Ort bietet sich daher an.

Weitere Veranstaltungen sind in Planung, aber noch nicht ausreichend konkret.

Kontakt: Heike Pott-Seigis
eMail 070012300124@online.de

Zitat

„Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte.“

Käthe Strobel, ehem.

Bundesgesundheitsministerin

Aus dem Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom 20. November 2009

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

Anknüpfend an den Grundsatzbeschluss der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrats vom Mai 2007, mit dem diese die Landesregierung Baden-Württemberg aufgefordert hat, sich im Land und im Bundesrat für die Einführung einer Existenz sichernden Entlohnung für alle Vollzeitbeschäftigten einzusetzen, fordert der Landesfrauenrat die Landesregierung Baden-Württemberg und die Landtagsfraktionen dazu auf, mit einer Bundesratsinitiative die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Existenz sichernder Höhe auf den Weg zu bringen.

Die Landesregierung Baden-Württemberg wird aufgefordert, mit einer Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn dafür Sorge zu tragen, dass der Staat eine Schutzfunktion insbesondere gegenüber jenen abhängig Be-

schäftigten wahrnimmt, die in Branchen arbeiten, in denen der Schutz durch Tarifverträge vielfach nicht gegeben ist. Dies betrifft in hohem Maße von Frauen ausgeübte Tätigkeiten.

.....landesfrauenrat

Hinsichtlich der Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns sollte sich dieser an den Mindestlöhnen in europäischen Ländern mit vergleichbaren Lebenshaltungskosten orientieren.

Länger gemeinsam lernen in Baden-Württemberg

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung in Baden-Württemberg auf, eine Gesetzesgrundlage für längeres gemeinsames Lernen mit individueller Förderung in kleineren Klassen an den Schulen in Baden-Württemberg zu schaffen. Statt der frühen Trennung der Kinder mit zehn Jahren

in der vierten Klasse soll eine schrittweise Umsetzung zu einer Schule, in der Kinder gemeinsam bis zur 9. Klasse lernen, erfolgen.

Der LFR fordert die Landesregierung auf, dies in dieser Legislaturperiode in Baden-Württemberg einzuführen und bei den

Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2010/2011 entsprechend zu berücksichtigen.

Paritätische Ausgestaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung sichern

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung Baden-Württemberg dazu auf, sich im Land und im Bundesrat für ein paritätisch finanziertes Versicherungssystem in der gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen. Eine Öffnung für freiwillige Zusatzangebote und die Minimierung des bisherigen Versorgungsniveaus ist abzuwenden.